

*Ansgar Schmitz-Veltin, Philipp Zakrzewski*

## **Wohnstandortmobilität im gesellschaftlichen und demographischen Wandel. Einführung**

URN: urn:nbn:de:0156-3717083



CC-Lizenz: BY-NC-ND 3.0 Deutschland

S. 72 bis 78

Aus:

Hans-Peter Hege, Yvonne Knapstein, Rüdiger Meng, Kerstin Ruppenthal,  
Ansgar Schmitz-Veltin, Philipp Zakrzewski (Hrsg.)

## **Schneller, öfter, weiter? Perspektiven der Raumentwicklung in der Mobilitätsgesellschaft**

13. Junges Forum der ARL  
13. bis 15. Oktober 2010 in Mannheim

Arbeitsberichte der ARL 1

Hannover 2011

Ansgar Schmitz-Veltin, Philipp Zakrzewski

# Wohnstandortmobilität im gesellschaftlichen und demographischen Wandel – Einführung

## Gliederung

- 1 Einführung
  - 2 Diskussion und Ergebnisse
- Literatur

## Schlüsselwörter

Wohnstandortmobilität – Wohnstandortpräferenzen – soziodemographischer Wandel – Wanderungen – Suburbanisierung – Reurbanisierung

## Keywords

Mobility of relocation – housing preferences – socio-demographic change – migrations – suburbanisation – re-urbanisation

## 1 Einführung

Jahrzehntelang folgte das Wanderungsgeschehen in Deutschland dominierenden Mustern: Nach Art und Richtung konnten bildungs- bzw. erwerbsorientierte sowie familienorientierte Wanderungen unterschieden werden. Erstere waren im interregionalen Kontext der alten Bundesrepublik als Nord-Süd-, nach der Wende auch als Ost-West-Wanderung, und im intraregionalen Bereich als Land-Stadt-Wanderung charakterisiert. Ziel dieser bildungs- und erwerbsorientierten Wanderungen waren meist wirtschaftlich prosperierende Städte und Regionen mit einer hohen Nachfrage nach Arbeitskräften sowie Ausbildungs- und Hochschulstandorte. Dagegen waren die familienorientierten Wanderungen durch einen Fortzug junger Familien und Paare aus den städtischen Zentren in das Umland geprägt. Entsprechend bildeten sie als Stadt-Land-Wanderung die Triebfeder der kleinräumigen Wohnsuburbanisierung. Beide Muster zeigten sich sowohl seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als auch – nach 1990 – im vereinten Deutschland überaus stabil.

Inzwischen sind die Wanderungsmuster zunehmend komplexer geworden. Der gesellschaftliche Wandel, Individualisierung, die Pluralisierung der Lebensformen, demographische und ökonomische Veränderungen führen zur Entstehung vielfältiger neuer Wanderungsformen, die sich immer weniger anhand einfacher Muster beschreiben lassen. Neue, multilokale Haushaltsformen, Alleinerziehende, neue Formen der beruflichen Tätigkeit, aber auch sich ändernde Ansprüche an das Wohnumfeld verändern zunehmend die Formen räumlicher Mobilität und führen zu sich ändernden Wohnvorstellungen und -bedürfnissen (vgl. Beckmann/Hesse/Holz-Rau et al. 2006; Gans/Schmitz-Veltin/West 2010).

Der durch Bevölkerungsrückgang, Alterung und Heterogenisierung gekennzeichnete demographische Wandel verschärft dabei auf interregionaler wie auf internationaler Ebene den Wettbewerb der Städte, Regionen und Länder um die immer rarer werdenden jungen und gut ausgebildeten Arbeitskräfte. Vor diesem Hintergrund werden Aspekte wie Lebensqualität, kulturelles Angebot oder Freizeitmöglichkeiten zukünftig immer wichtiger, um die hochmobile Zielgruppe anzuziehen und innerhalb der Städte oder Regionen zu halten. Vereinzelt versuchen Regionen auch ihr demographisches Profil zu schärfen, indem sie ihre Attraktivität für ältere, wohlhabende Personen steigern, um so von der demographisch bedingt wachsenden „Altersruhesitzwanderung“ zu profitieren. Vor allem für Städte mit entsprechenden infrastrukturellen Angeboten oder in naturräumlichen Gunsträumen kann diese Strategie durchaus eine Alternative zum Wettbewerb um junge, hoch qualifizierte Einwohner sein.

Im Bereich der intraregionalen Wanderungen führen Alterung, Heterogenisierung und Individualisierung, die Bildung neuer Haushaltsformen und die sich ändernden Anforderungen auf den Arbeitsmärkten dazu, dass neue Wohnbedürfnisse und Wohnformen entstehen. Dieser „Wohnwandel“ äußert sich nicht nur in veränderten Nachfragepräferenzen in Bezug auf die Zuschnitte und Ausstattungen von Wohnungen, sondern insbesondere auch auf deren Lage und Wohnumfeldqualitäten. Neue Formen der Alltagsorganisation, die Zunahme von Alleinerziehenden und Doppelverdienerhaushalten sowie die steigenden Energiepreise führen dazu, dass integrierte, gut erreichbare und infrastrukturell angemessen ausgestattete Quartiere zunehmend an Bedeutung gewinnen (Häußermann/Läpple/Siebel 2008).

In diesem Zusammenhang spielt die Diskussion um die Reurbanisierung und die Neubewertung stadtnaher Wohnquartiere eine entscheidende Rolle. Nachdem die regionale Bevölkerungsentwicklung in Deutschland jahrzehntelang durch eine anhaltende Suburbanisierung junger Familien und Paare gekennzeichnet war, wird seit einigen Jahren intensiv über eine Trendumkehr der stadtreionalen Wandermuster diskutiert (z. B. Köppen 2008). Allerdings stellt sich die aktuelle Situation hierbei sehr uneinheitlich dar. Auf der einen Seite sind die klassischen Wandermuster von Arbeitsplatz- und Ausbildungswanderung in die Städte hinein und Familienwanderungen aus den Städten in das Umland nach wie vor dominierend, auf der anderen Seite verzeichnen Städte – sowohl Ober- als auch Mittelzentren – seit einigen Jahren steigende Wandergewinne (Jessen/Siedentop/Zakrzewski 2011).

In Wachstumsräumen wird die Realisierung von Umzugswünschen durch das begrenzte vorhandene Angebot und das verfügbare Einkommen stark limitiert. Zudem führt die geringe Mobilitätsbereitschaft älterer Selbstnutzer von Wohneigentum zu einer Verknappung bestimmter Wohnformen (Remanenzeffekt; vgl. z. B. Glasze/Graze 2007). In Regionen mit rückläufigen Bevölkerungs- und Haushaltszahlen erhöhen entspannte Wohnungsmärkte dagegen die Wahlmöglichkeiten für die verbleibenden Einwohner. Probleme entstehen hier durch wachsende Leerstände und die Unterauslastung der Infrastruktur. Insgesamt wird sich die steigende räumliche Polarisierung auch auf die Mobilitäts- und damit Lebenschancen der Bevölkerung auswirken.

Die folgenden Beiträge geben Einblicke in die aktuelle wissenschaftliche und planungspraktische Auseinandersetzung mit dem Thema Wohnmobilität. Rebekka Oostendorp geht in ihrem Beitrag „Wohnstandortwahl von Doppelverdienerhaushalten – Möglichkeiten in einer polyzentrischen Stadtregion“ auf den zunehmenden Anteil der Doppelverdienerhaushalte infolge gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen ein. Am Beispiel der Region Köln/Bonn wird untersucht, inwieweit polyzentrische Stadtregi-

onen mit ihrer großen Anzahl und Vielfalt an Wohnquartieren und guten infrastrukturellen Verflechtungen als Wohnstandorte für Doppelverdienerhaushalte an Bedeutung gewinnen werden. Mit ihren vielfältigen Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten bieten polyzentrische Stadtregionen gute Voraussetzungen, sehr unterschiedliche Anforderungen an den Wohnstandort und damit auch die Bedürfnisse von Doppelverdienerhaushalten zu erfüllen.

Am Beispiel von Aalen untersuchen André Bruns und Wilko Manz in ihrem Beitrag „Standortwahl ‚bewusster Stadtbewohner‘ – Die Bedeutung von Mobilitätsaspekten bei der Standortwahl von Haushalten in Mittelstädten am Beispiel Aalens“, inwieweit auch Mittelzentren von einer Renaissance der Städte profitieren und welche Rolle hier Aspekte der Erreichbarkeit bei der Standortwahl einnehmen. Vor dem Hintergrund der Bedeutung der Wohnstandortwahl für die Alltagsmobilität vertieft der Beitrag die Frage, ob die intensiv in der Fachwelt diskutierte „Renaissance der Städte“ Chancen für eine nachhaltige Entwicklung der Verkehrsnachfrage birgt. Grundlage der Ausführungen sind erste Auswertungen aus dem Forschungsprojekt „Chancen des ÖPNV in Zeiten einer Renaissance der Städte“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung. Es wird gezeigt, dass die „Renaissance der Städte“ ein stark standortselektiver Prozess ist, der bisher insbesondere in einigen Innenstädten von prosperierenden Großstädten festzustellen ist, jedoch auch Anzeichen dafür bestehen, dass von diesem Trend auch strukturstarke Mittelzentren profitieren.

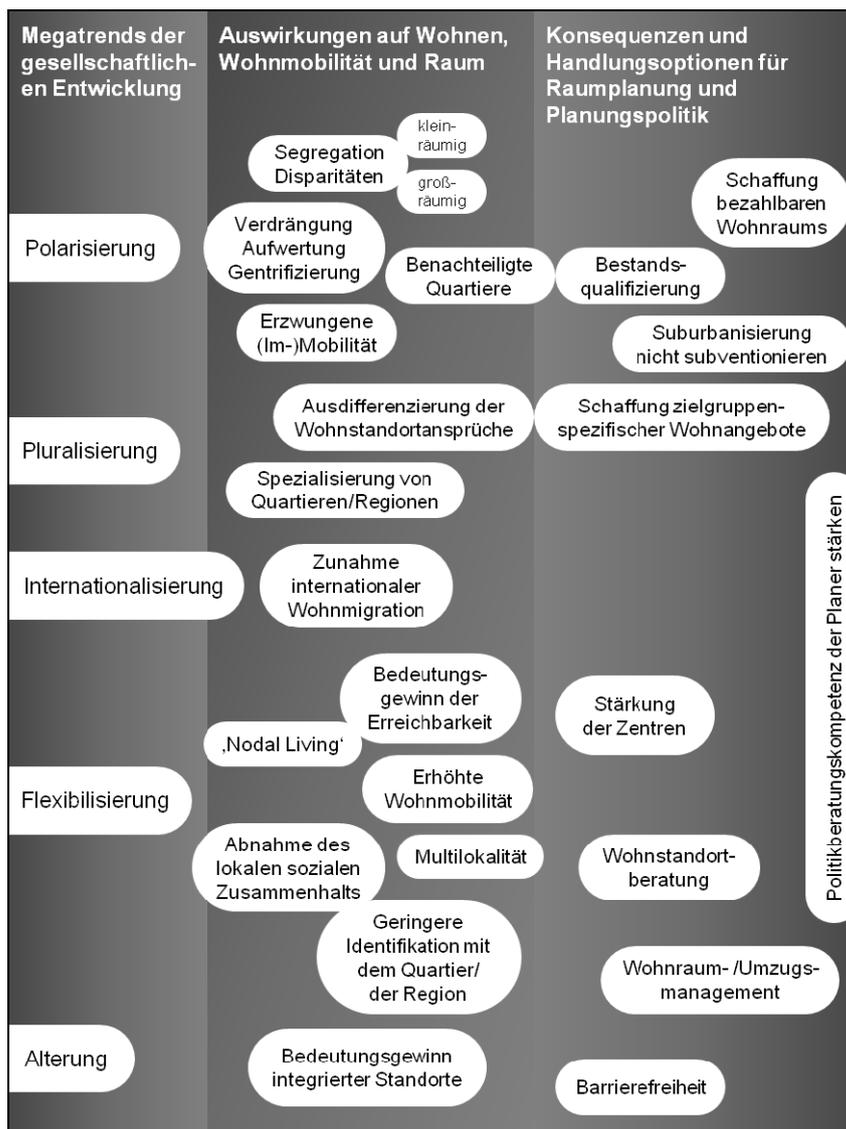
Am Beispiel Hamburgs geht Maren Regener in dem Beitrag „Auswirkungen der Wohnstandort(im)mobilität auf die sozialräumliche Entwicklung und Differenzierung Hamburgs – Ausgangsbedingungen, Problemfelder und Lösungsansätze“ auf zwei wesentlichen Herausforderungen der Stadtplanung und Stadtentwicklung ein: Wachstum und Segregation. Aufgrund anhaltenden Bevölkerungszuwachses bei bisher kaum merkbaren Auswirkungen des demographischen Wandels wird Hamburg auch in den kommenden Jahren weiter wachsen. Zusammen mit dem Anstieg der Single-Haushalte und der Erhöhung der Wohnraumsprüche führt dies zu einem anhaltend hohen Wohnraumbedarf. Gleichzeitig findet eine sozialräumliche Segregation infolge wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformationsprozesse statt, was zur Ausbildung benachteiligter städtischer Wohngebiete führt. Der Beitrag beschreibt die Anforderungen an die Planung und Entwicklung der Stadt Hamburg und stellt Handlungsansätze vor, mit denen dem anhaltend hohen Wohnraumbedarf und der Situation in den benachteiligten Gebieten begegnet wird.

Wioletta Frys und Birte Nienaber stellen im Beitrag „Die Situation der Wohnmigranten im ländlichen Saarland“ die sich aus der internationalen Wohnmigration in ländlichen Räumen ergebenden Herausforderungen vor. Im Rahmen des von der EU geförderten Forschungsprojekts DERREG wurden im ländlichen Raum des Landkreises Merzig-Wadern im Saarland qualitative Interviews mit internationalen Wohnmigranten durchgeführt. Der Beitrag zeigt Ergebnisse der biographischen Interviews über die Wohnsituation und Zufriedenheit der Migranten. Wie fühlen sich die Zugezogenen im ländlichen Saarland? Wie schätzen sie ihre Situation als Wohnmigranten ein?

## 2 Diskussion und Ergebnisse

Zur Strukturierung der Diskussion wurden in Anlehnung an die Leitfragen der Tagung drei Themen vorgegeben. Zu Beginn wurde diskutiert, welche Auswirkungen sich durch den gesellschaftlichen Wandel auf Wohnmobilität und Wohnstandortwahl ergeben. Des Weiteren wurden die Auswirkungen der veränderten Wohnbedürfnisse und Mobilitätsmuster auf die Raum- und Siedlungsstruktur erörtert. Am Ende der Diskussion ging es darum, welche praktischen Konsequenzen und Strategien für Raumplanung und Planungspolitik sich aus den zuvor behandelten Entwicklungen ergeben. Die Ergebnisse der Diskussion sind in Abbildung 1 zusammenfassend dargestellt.

Abb. 1: Zusammenfassung der Diskussion



In der Diskussion wurde einhellig die Meinung vertreten, dass die gegenwärtigen sozioökonomischen Transformationen mit einem hohen Risiko der Benachteiligung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen einhergehen. Der Trend zu segregierten Wohngebieten sei auch in Deutschland auf dem Vormarsch – Extremformen, wie Slums auf der einen und Gated Communities auf der anderen Seite, seien allerdings hierzulande nicht zu

erwarten. Besonders problematisch seien Gentrifizierungsprozesse, bei der die angestammte Bewohnerschaft sukzessive durch finanziell besser gestellte Haushalte verdrängt wird. Zwar werden dabei meist zuvor vernachlässigte Altbauquartiere aufgewertet, jedoch wird durch Sanierungen, steigende Mieten und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen eine Preisspirale in Gang gesetzt, die zum kompletten Austausch der Bevölkerung führen kann. Neben der am Beispiel der Gentrifizierung erörterten erzwungenen Wohnmobilität wurde auch noch die erzwungene Immobilität angesprochen. Vor allem bei angespannten Wohnungsmärkten kann durch die Mietpreisstruktur die freie Wohnstandortwahl finanziell schlechter gestellter Haushalte so stark eingeengt werden, dass Umzugswünsche nicht realisiert werden können. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass die Herausbildung sozial entmischter Wohnstandorte nicht nur im kleinräumigen Kontext, sondern auch großräumig betrachtet werden müsse. Denn die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft äußert sich in räumlicher Hinsicht nicht nur im Auseinanderdriften von benachteiligten Quartieren und Wohngebieten der Mittel- und Oberschicht, sondern auch in sich verfestigenden bzw. sich verstärkenden regionalen Disparitäten.

Als weitere gesellschaftliche Megatrends mit starkem Einfluss auf die Wohnungsmärkte und die Wohnmobilität wurden die Pluralisierung, die Internationalisierung und die Flexibilisierung diskutiert. Unter Pluralisierung wird vorrangig die Entstehung neuer Haushalts- und Lebensstilformen verstanden, die Hand in Hand mit einer Ausdifferenzierung der Wohnstandortansprüche gehe. In Zukunft sei daher mit einer zunehmenden Spezialisierung von Wohnquartieren und Regionen zu rechnen. In Zusammenhang mit der Globalisierung und Europäisierung steht in demographischer Hinsicht die verstärkte internationale (Wohn-) Migration und in Bezug auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt die zunehmende Flexibilisierung. Grenzüberschreitende Wohnungsmärkte, wie im Beitrag von Frys und Nienaber behandelt, oder das Thema der Integration von Zuwanderern im Quartier sind Beispiele für die Auswirkungen der Internationalisierung auf den Bereich des Wohnens. Die Flexibilisierung der Arbeitswelt äußert sich unter anderem im Zuwachs temporärer Arbeitsverhältnisse, in häufiger wechselnden Arbeitsorten und veränderten Arbeitszeitmodellen. Insbesondere Familien- und Doppelverdienerhaushalte müssen mit knappen Zeitbudgets haushalten. Wer etwa täglich unterschiedliche Arbeitsorte, Kita- und Schulstandorte sowie Einkaufsmöglichkeiten erreichen muss, sei auf eine gute Verkehrsanbindung angewiesen. Bei „Dual Career Couples“ werde bei der Wohnstandortwahl sogar darauf geachtet, dass der Zugang zu mehreren Arbeitsmärkten gegeben ist („nodal living“, vgl. hierzu auch den Beitrag von Oostendorp). Insgesamt wird ein Bedeutungsgewinn der Erreichbarkeit von Wohnstandorten vermutet. Gleichwohl zeigt der Beitrag von Bruns und Manz, dass bei der Wohnstandortwahl Erreichbarkeitsaspekte nicht unbedingt an erster Stelle stehen, sondern oft wohnungs- und wohnumfeldbezogenen Gründen sowie Kostenüberlegungen eine größere Bedeutung zukommt. Die erhöhte Wohnmobilität, aber auch zunehmend Formen von Multilokalität bringen zudem mit sich, dass der lokale soziale Zusammenhang und die Identifikation der Bewohner mit dem Quartier oder der Region tendenziell abnehmen.

Des Weiteren wurde über die wohnungspolitischen Implikationen der rasanten Alterung der Gesellschaft diskutiert. Wie die Flexibilisierung führe auch die Alterung zu einem Bedeutungsgewinn integrierter Standorte. Eine alternde Wohnbevölkerung sei jedoch noch stärker als junge Familien und Berufstätige auf nahräumliche Versorgungsangebote und spezielle soziale Infrastruktureinrichtungen angewiesen. Auch eine barrierefreie Zugänglichkeit zum Beispiel von Wohnungen, öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln sei für ältere Menschen von größter Relevanz.

Im letzten Teil der Diskussion standen die sich für die Raumplanung ergebenden Konsequenzen und die planungspolitischen Handlungsoptionen im Vordergrund. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die Qualifizierung bestehender Wohngebiete wurden als wichtige Maßnahmen sozialer Stadtentwicklung genannt (vgl. hierzu auch den Beitrag von Regener). Auch wurde empfohlen, die Wohnsuburbanisierung, die ja auch zur Segregation beiträgt, nicht weiter staatlich zu subventionieren. In Bezug auf die gesellschaftliche Pluralisierung sollte das Augenmerk stärker auf die Schaffung zielgruppenspezifischer Wohnangebote gelenkt werden. Um den differenzierten Wohnansprüchen und der erhöhten Wohnmobilität besser gerecht zu werden, sollten verstärkt eher weiche Instrumente wie Wohnstandortberatung oder Wohnraum- und Umzugsmanagement eingesetzt werden. Insgesamt wird eine Stärkung der Zentren als hilfreich angesehen und die Bedeutung der Barrierefreiheit betont.

Als schon heute und auch in Zukunft wichtige Querschnittsthemen wurden die integrierte Planung sowie die Themenkomplexe Governance und Gender Mainstreaming benannt. Damit die wissenschaftlichen und planungspraktischen Erkenntnisse eine höhere Wirksamkeit entfalten könnten, sei es jedoch wichtig, die Politikberatungskompetenz der Raumwissenschaftler und Planer zu stärken.

In der weiteren Diskussion wurde bemerkt, dass das Thema Einwohnerrückgang im Rahmen der Arbeitsgruppe nicht behandelt wurde. Dem wurde entgegengehalten, dass sich durch das anhaltende Haushaltswachstum infolge der Haushaltsverkleinerung (Individualisierung) die Wohnungsnachfrage auch in Zukunft insgesamt noch nicht rückläufig entwickeln wird. Dennoch war der Einwand berechtigt, denn viele Regionen Ostdeutschlands und zunehmend auch in westlichen Bundesländern sind von entspannten Wohnungsmärkten und Wohnungsüberhängen geprägt.

In Ergänzung des Themas Gentrifizierung wurde angemerkt, dass die derzeit grassierenden Stadtentwicklungskonzepte unter dem Motto ‚Kreative Stadt‘ nicht nur als Instrumente zur Förderung lokaler Ökonomien zu sehen seien, sondern oft auch – und dies sei deren Kehrseite – als Initialzündung zur Aufwertung heruntergekommener Quartiere und zu einer damit einhergehenden Verdrängung der angestammten Bevölkerung.

Das Thema Suburbanisierung wurde kontrovers diskutiert. Einerseits wurde darauf hingewiesen, dass sich die rasch alternden suburbanen Baugebiete der 1970er bis 1990er Jahre aufgrund ihrer nicht integrierten Lage und unzureichenden Infrastrukturausstattung in Zukunft zu Problemgebieten entwickeln könnten, andererseits wurde der Forderung nach einem Ende der Subventionierung der Suburbanisierung widersprochen. Demnach sei es prinzipiell unproblematisch, weiterhin Neubaugebiete auszuweisen, jedoch müsse hier stärker gesteuert werden, etwa durch die Bevorzugung von Standorten mit ÖPNV-Anschluss.

Ein weiterer kritischer Diskussionsbeitrag bezog sich auf die von der Arbeitsgruppe empfohlenen Instrumente wie kommunale Wohnstandortberatung und Umzugsmanagement. Es wurde gefragt, ob solche Instrumente nicht überflüssig seien, da dies ohnehin der Markt regle. Hierzu wurde zum einen angemerkt, dass der Wohnungsmarkt in Deutschland stark reguliert sei und hier daher keineswegs allein die „unsichtbare Hand“ des Marktes regiere. Zum anderen seien die aufgeführten Instrumente als niedrigschwellige Angebote konzipiert, die Umzugswillige lediglich auf freiwilliger Basis bei der Suche nach einem geeigneten Wohnstandort oder bei der Abwicklung des Umzugs unterstützen sollen und somit nicht maßgeblich in das Marktgeschehen eingreifen. Letztlich wird jedoch die Praxis zeigen, welche Angebote sich als sinnvoll und erfolgreich erweisen und welche nicht.

Als Fazit der Diskussion kann festgehalten werden, dass uns grundsätzlich genügend Wissen und Wege zur Verfügung stehen, um den sich wandelnden Ansprüchen an Wohnmobilität und Wohnstandortwahl hinreichend gerecht zu werden. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass sich die Befriedigung aller Bedürfnisse gewissermaßen „von alleine“ einstellen wird. Eine wissenschaftliche und planerische Begleitung dieser Prozesse sowie die politische Umsetzung der entsprechenden Erkenntnisse können als Voraussetzung für eine sozial, aber auch ökonomisch und ökologisch ausbalancierte Gestaltung der Wohnungsversorgung und Wohnmobilität angesehen werden.

## Literatur

- Beckmann, K.J.; Hesse, M.; Holz-Rau, C.; Hunecke, M. (Hrsg.) (2006): StadtLeben – Wohnen, Mobilität und Lebensstil: Neue Perspektiven für Raum- und Verkehrsentwicklung. Wiesbaden.
- Gans, P.; Schmitz-Veltin, A.; West, C. (2010): Wohnstandortentscheidungen von Haushalten am Beispiel Mannheim. In: Raumforschung und Raumordnung 68, 1, 49-59.
- Glaze, G; Graze, P. (2007): Raus aus Suburbia, rein in die Stadt? Studie zur zukünftigen Wohnmobilität von Suburbaniten der Generation 50+. In: Raumforschung und Raumordnung 65, 5, 467-473.
- Häußermann, H.; Läßle, D.; Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main
- Jessen, J.; Siedentop, S.; Zakrzewski, P. (2011): Rezentralisierung der Stadtentwicklung? Kleinräumige Untersuchung des Wanderungsgeschehens in deutschen Großstädten. In: Brake, K.; Herfert, G. (Hrsg.): Reurbanisierung. Diskurs und Materialität. Wiesbaden (im Erscheinen).
- Köppen, B. (2008): Reurbanisierung als Hoffnung der Städte im demographischen Wandel? In: Maretzke, S. (Hrsg.): Städte im demografischen Wandel. Wesentliche Strukturen und Trends des demografischen Wandels in den Städten Deutschlands. Wiesbaden, 31-40. = Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 125.

## Autoren

Ansgar **Schmitz-Veltin** (\*1976) studierte Geographie, Soziologie und Politikwissenschaft an den Universitäten Mannheim und Heidelberg. Anschließend war er am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie der Universität Mannheim tätig. Seit 2009 leitet er das Sachgebiet „Bevölkerung und Bildung“ am Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart. Schwerpunkte seiner Arbeit sind der demographische Wandel, kleinräumige und regionale Einwohnerentwicklungen sowie Migration. Er ist Mitglied im ARL-Arbeitskreis „Internationale Migration“ sowie in der LAG Baden-Württemberg.

Philipp **Zakrzewski** (\*1975) studierte Architektur an der Fachhochschule Coburg und Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. Danach war er am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR) in Dresden beschäftigt. Seit 2007 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart (ireus). Seine derzeitigen Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Raumordnungspolitik, soziodemographischer Wandel, Quartiers- und Stadtentwicklungsforschung. Daneben ist er auch in der Lehre tätig.